

NDB-Artikel

Ledebour, *Georg* Politiker, * 7.3.1850 Hannover, † 31.3.1947 Bern.
(evangelisch, dann konfessionslos)

Genealogie

V →Ernst Remigius (1809–59), Kanzleiexpedient, seit 1852 Kanzleiinsp. beim Obergericht H., S d. Joh. Friedrich (1767–1816), Konsistorialkanzlist, u. d. Dorothea Sophie Wilhelmine Etzel;

M Caroline (1808–60), T d. Hoftheaterfriseurs Carl Julius Lübrecht (1773–1853) u. d. Charlotte Caroline Schulze;

• Berlin 1895 Minna Stamfuß (1867–1962).

Leben

Der früh elternlos gewordene und infolge einer Beinerkrankung zeitlebens behinderte L. hat nach dem Besuch der Realschule in Hannover kurze Zeit den Beruf eines Kaufmanns ausgeübt. Von einem 1876-82 währenden Aufenthalt in England datierten seine Sympathie für das parlamentarische System engl. Prägung und sein später konsequent durchgehaltenes Engagement für unterdrückte Völker und nationale Minderheiten. Zu Beginn der 80er Jahre fand L. in den Reihen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ein erstes praktisches Betätigungsfeld und in der Fortschrittspartei vorübergehend politischen Halt. Seit 1884 beteiligte sich der ideologisch durch die 48er Revolution bestimmte, gemäßigte Sozialreformer am Aufbau der Demokratischen Partei, deren Sprachrohr, die „Demokratischen Blätter“, er zeitweise redigierte und herausgab. Enttäuscht über die Unfähigkeit der liberalen Parteien und des von diesen vertretenen Bürgertums zu umfassender politischer und sozialer Reform, schloß sich L. nach kurzer Redaktionstätigkeit bei der Berliner „Volks-Zeitung“ 1891 der Sozialdemokratischen Partei an.

In der Sozialdemokratie gehörte L. zu den schärfsten Kritikern des Herrschafts- und Gesellschaftssystems des Kaiserreichs und den kompromißlosen Gegnern eines Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien. Er vertrat diese Position im Reichstag, dem er 1900-18 und 1920-24 angehörte, vor dem Forum der Parteimitglieder und -anhänger sowie in seinem – in den 90er Jahren auch Redaktionsfunktionen bei „Vorwärts“ und „Sächsischer Arbeiter-Zeitung“ einschließenden – publizistischen Wirken. Trotz vielfältiger Aktivitäten im Parlament und seiner mit den Auffassungen des marxistischen Parteizentrums weitgehend übereinstimmenden Stellungnahmen zu innen- und außenpolitischen Fragen gelangte L. erst 1913 in den Fraktionsvorstand. Seit Kriegsbeginn gehörte er zur Parteiopposition, für die er als einer der Vorsitzenden der im März 1916 gebildeten „Sozialdemokratischen

Arbeitsgemeinschaft“, seit April 1917 der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) wirkte. Gegen Kriegsende gab er unter dem Einfluß der Revolutionären Obleute seine frühere Zurückhaltung gegenüber der Anwendung außerparlamentarischer Mittel auf und drängte auf die Durchführung von Streiks und Massenaktionen. L.s Verhalten in den Monaten des revolutionären Umbruchs 1918/19 war von einem mit persönlichen Animositäten durchsetzten wachsenden Distanzierungsbedürfnis gegenüber der in seinen Augen durch ihre Kriegspolitik kompromittierten Mehrheitssozialdemokratie bestimmt. Daher lehnte er den ihm angebotenen Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten ab; er bekämpfte statt dessen die Revolutionsregierung von der Tribüne des Berliner Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte aus. Seine Beteiligung am Januaraufstand 1919 trug ihm Haft und einen Prozeß ein, der von ihm zu einer haßerfüllten Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann genutzt wurde und mit einem Freispruch endete.

In der USPD gingen die Bestrebungen L.s, der seit 1920 wieder einer ihrer Vorsitzenden war, in eine doppelte Richtung: Einerseits machte er Front gegen den Anschluß der USPD an die Dritte Internationale und führte mit seinem Beharren auf der Autonomie der Landesparteien eine bereits im Weltkrieg gegen Lenin in der Zimmerwalder Kriegsopposition durchgehaltene Linie fort. Andererseits widersetzte er sich aus prinzipiellen wie persönlichen Erwägungen einer Wiedervereinigung mit der SPD. Nach dem Zusammenschluß beider Parteien 1922 fungierte L. nur noch als Repräsentant sozialistischer Splittergruppen, zunächst der Rest-USPD, dann des Sozialistischen Bundes (1924), schließlich seit 1931 der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Er emigrierte 1933 in die Schweiz.

Werke

Die dt. Kolonialpol. (i. A. d. SPD-Vorstandes vf.), o. J. [1907] (*anonym*);

Der L.-Prozeß, Gesamtdarst. d. Prozesses gegen L. wegen Aufruhr etc. vor d. Geschworenengericht Berlin-|Mitte v. 19.5.-23.6.1919, auf Grund d. amtl. Stenogramms bearb. u. mit e. Vorwort versehen v. G. L., 1919.

Literatur

G. L., Mensch u. Kämpfer, zus.gestellt v. M. Ledebour, 1954 (*P*);

U. Ratz, G. L. 1850-1947, Weg u. Wirken ..., 1969 (*ausführl. W-Verz. [31 S.], L*);

D. W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution, A Hist. of the German Independent Social Democratic Party, 1917-22, 1975;

R. F. Wheeler, USPD u. Internationale, Sozialist. Internationalismus in d. Zeit d. Rev., 1975.

Portraits

Bildpostkarten (Bonn, Archiv d. soz. Demokratie).

Autor

Ursula Ratz

Empfohlene Zitierweise

, „Ledebour, Georg“, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 37-38
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
